

A1-002 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 2 bis 3:

Die Konzentration von Wirtschaftsmacht und die ~~Finanzialisierung~~zunehmende marktwirtschaftliche Verwertung von Grundeigentum verstärken soziale und räumliche Ungleichheiten, ~~behindern~~. Zusätzlich behindert dies den

Begründung

Finanzialisierung kommt nicht im Duden vor.

A1-011 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 11:

1. stehen ~~anders-strukturierte~~ Dörfer, Klein- und Mittelstädte mit anderen Strukturen gegenüber. Die

In Zeile 20:

2. Großteil des Grundbesitzes in ~~Privat~~der Hand von privaten Besitzern, aber Finanzinvestoren, Fonds und

Begründung

Redaktionell.

A1-012 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Thomas Wolff

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 12 einfügen:

1. einen suchen Antworten auf Bevölkerungszuwachs, steigende Preise und Mieten und

Begründung

Der einseitige Bezug auf Mieten geht am Kern des Problems vorbei und setzt falsche wohnungspolitische Prämissen.

A1-024 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik (Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Thomas Wolff

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 24 bis 26:

2. weniger auf langfristigen Werterhalt ausgerichtet. ~~Das gefährdet~~ Durch die ~~altersgerechte und energetische Modernisierung des städtebaulich wertvollen Gebäudebestandes~~ daraus resultierende aggressive Preissteigerung wird es zunehmenden Bevölkerungsschichten unmöglich, auf dem Wohnungsmarkt standzuhalten.
Der Wohnungsmarkt muss wieder aus den Händen der anonymen Investoren gezogen werden, dazu müssen alle geeigneten Maßnahmen in Betracht gezogen werden.
Das Eigentum muss wieder in breitere Hände gestreut werden, damit wieder ein echter Markt anstelle eines quasi-feudalen Systems entsteht.

Begründung

Dieser wichtige, vielleicht wichtigste Aspekt wurde dadurch abgeschwächt, dass er auf einen Nebenschauplatz umgeleitet wurde. Besser sind klare Statements, die zu Konsequenzen leiten.

A1-036 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 36 löschen:

4. Lohnentwicklung sich bis 2010 zwischen Null und höchstens 3% brutto (!)-

In Zeile 43 einfügen:

4. Regionen. Die durchschnittliche Wohnkostenbelastung lag 1990 bei 20%, sie

Begründung

Redaktionell.

A1-047 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik (Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Thomas Wolff

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 47 bis 49:

1. ~~Die politische Privilegierung des Grundeigentums verstärkt die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Der Staat bevorzugt nicht nur das selbstgenutzte Wohneigentum sondern auch~~
1. 1. Die politische und steuerliche Behandlung von Grundeigentum als Wirtschaftsgut verstärkt die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Der Staat bevorzugt größeres privates

Begründung

”Der Staat bevorzugt ... das selbstgenutzte Wohneigentum ...”

Das ist falsch. Privilegiert ist vermieteter Wohnraum, durch hohe Absetzungen und Abschreibungen und steuerfreien Wertzuwachs im „nicht-gewerblichen“ Umfang. Selbstgenutztes Wohneigentum wird dagegen mit Grunderwerbsteuer belastet, die in diesem Kontext keinen Regulierungszweck hat, sondern eine reine Raubrittersteuer ist.

”Privilegierung” ”Behandlung als Wirtschaftsgut”

Auch Grundeigentum insgesamt als privilegiert zu bezeichnen ist mir zu schwammig; wenn es alle hätten, wäre doch gut, oder?

A1-052 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Kai Zschel

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 52 bis 54:

- aus aller Welt, was auch dubiose ~~Geschäftemacher~~Geschäftemacher*innen anzieht. ~~Italienische Mafiosi, afrikanische Potentaten, russische und chinesische Oligarchen stecken ihre Gelder hier~~Diese Gelder, die meist aus illegalen Geschäften stammen, werden gerne in Core-Immobilien angelegt. Der Begünstigung des

Begründung

keine Stereotypen verfestigen

A1-060 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 60:

6. machen Immobilieneigentum zum Renditeobjekt zulasten ~~lebenswerter Städte~~ sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Städten.

Von Zeile 64 bis 68 löschen:

6. (2) ausdrücklich eine Sicherung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums. ~~Bisher ist der Gesetzgeber dieser Verpflichtung nicht nachgekommen~~. Hier liegt dringender politischer Handlungsbedarf – und zwar mehr als die heute gebräuchliche Placebo- oder Symptombehandlungs-Politik. ~~Ferner bedarf es auch einer Änderung der §§93, 94 BGB.~~

Begründung

Angesichts der zunehmenden Verwendung biologisierender Begrifflichkeiten in der politischen Debatte - nicht zuletzt aufgrund des Aufstiegs der AfD - voin eben solchen Begriffen Abstand zu nehmen.

Weiterhin ist unklar, was genau mit den genannten Paragraphen des BGB gemeint ist bzw. wird die intendierte Kritik nicht deutlich. Entweder neue Formulierung oder streichen.

A1-087 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 87 bis 89:

8. Immobilienwirtschaft einzufordern sich mehr Gemeinwohlorientierung und Sozialpflichtigkeit einzufordern an dem Gemeinwohl zu orientieren. Eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen mehr Chancen auf mehr eigenständige Steuereinnahmen gibt ermöglicht, ist überfällig.

Begründung

Redaktionell.

A1-090 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 90:

9. Zu geringe Fortschritte beim **Bodenschutz**Boden-, Umwelt- und Klimaschutz: Die

Begründung

Redkationell.

A1-097 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 97:

Fortschritte bei diesen drängenden Aufgaben gibt geben wird. Um-so Umso wichtiger sind klare

Begründung

Redaktionell.

A1-103 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 103:

kein Thema. ~~Erst jetzt~~Es entsteht wegen ~~derden~~ anhaltenden ~~Immobilienpekulation~~
~~hier~~Preissteigerungen und Immobilienpekulationen

Begründung

Ergänzung und Redaktionell.

A1-105 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 105 bis 113:

~~Das besondere Problem unserer Partei ist, dass wir sehr diffus in unserer sozio-ökonomischen Grundhaltung sind. Die Spanne reicht von entschiedenen Wachstumskritikern bis zu ebenso entschiedenen Anhängern der globalen Kapitalverwertung, die es nur für die ökologische Modernisierung zu gewinnen gilt. Parteien brauchen aber eine für die Bürger*innen klar erkennbare sozio-ökonomische DNA. Eine ökologische DNA allein reicht nicht aus. Nachhaltigkeit muss ökonomisch, sozial und ökologisch buchstabiert werden. Hier fehlt uns die Erkennbarkeit. Das werden wir angehen müssen, wollen wir in breiteren Schichten der Bevölkerung Fuß fassen. Als Partei brauchen wir eine für die Bürger*innen klar erkennbare sozio-ökonomische Position. Ökologie als Alleinstellungsmerkmal reicht nicht aus. Nachhaltigkeit muss ökonomisch, sozial und ökologisch durchbuchstabiert werden. Das werden wir angehen müssen, wollen wir in breiteren Schichten der Bevölkerung Fuß fassen.~~

Begründung

Insgesamt hat der Absatz zu diffus und wurde daher sprachlich geglättet.

Weiterhin ist

anzumerken, dass eine Partei keine DNA - bis auf ihre Mitglieder - sondern Positionen oder Standpunkte hat.

Auch ist angesichts der zunehmenden Verwendung biologisierender Begrifflichkeiten in der politischen Debatte - nicht zuletzt aufgrund des Aufstiegs der AfD - von eben solchen Begriffen Abstand zu nehmen.

A1-124 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 124 einfügen:

1. und unterbunden werden. Selbstnutzer, natürliche Personen, kommunale und gemeinnützige Gesellschaften sollten als Eigentümer steuerlich besser gestellt werden als juristische Personen.

Begründung

Eine konkrete Maßnahme zur Steuerung der Eigentumsverhältnisse.

A1-128 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 128:

2. gewährten Preistreiber sein. Wir klar ist aber auch, dass eine wirtschaftliche Vermietung möglich sein muss. Zusätzlich brauchen wir eine neue

Begründung

Es muss deutlich werden, dass wir nicht grundsätzlich gegen die Vermietung von Wohnung durch private Eigentümer sind. Dies gilt es insbesondere hinsichtlich der Kleinvermieter im Auge zu behalten.

A1-128-2 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik (Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 128 einfügen:

2. gewährten Preistreiber sein, sie müssen rechtlich auf ein gesundes Maß begrenzt werden. Mieterhöhungen sollten nur bei einer entsprechenden Gegenleistung zulässig sein (z.B. Heizkosteneinsparung, Komfortgewinn). Wir brauchen eine neue

Begründung

Ergänzung konkreterer Schritte.

A1-129 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 129 einfügen:

2. Wohnungsgemeinnützigkeit um dauerhaft preiswert bereitgestellten Wohnraum gezielt fördern, aber auch Selbstnutzergenossenschaften ggü. WEG-Baugemeinschaften unterstützen zu können.

Begründung

Beschreibung der möglichen Effekte einer Wohnungsgemeinnützigkeit.

A1-137 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 137 bis 143:

4. besteuern. ~~Wohnungsunternehmen, die keiner Gemeinwohlverpflichtung unterliegen, dürfen nicht länger von der Gewerbesteuer befreit werden.~~ Die steuerliche Abschreibung von spekulativem Leerstand muss eingeschränkt werden. Die ~~Grundsteuer ist als Bodenwertsteuer~~ Umlagefähigkeit von Steuern auf ~~Grundlage der Bodenrichtwerte auszugestalten. Die Grundsteuer darf dann aber auch~~ Grund und Boden wollen wir auf den Prüfstand stellen, so dass diese nicht weiter als Betriebskosten auf die Miete umgelegt werden, da sie bereits mit der Miete ~~entgolten wird~~ bezahlt worden ist. Es ist klar, dass hierzu Übergangsregelungen

Begründung

Bei der Abschaffung der Befreiung der Gewerbesteuer muss allen klar sein, dass diese umlagefähig ist (Mietspiegel) und daher eine Mietpreisteigerung wäre.

Auch ist der Absatz für ein Grundsatzpapier zu kleinteilig und wurde daher entsprechend geglättet.

A1-141 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 141:

4. **Bodenrichtwerte** zulässigen baulichen Nutzung auszugestalten. Die Grundsteuer darf dann aber auch nicht

Begründung

Die Bodenrichtwerte stellen infolge spekulativer Entwicklungen, die zu teils exorbitanten Steigerungen innerhalb weniger Jahre und teils auch innerhalb einer Stadt bzw. Kommune zu extremen Verzerrungen bei der Bodenpreisentwicklung führen, keinen geeigneten oder annähernd gerechten Maßstab für die Besteuerung dar. Eine Berechnung der Grundsteuer auf der Basis von Bodenrichtwerten würde insbesondere all jene Grundstückseigentümer, ob Genossenschaften, Selbstnutzende oder auch private Vermieter, die ihre Wohnungsbestände und Miethöhen nicht einer profitorientierten Marktlogik ausliefern wollen, für die teils aberwitzige Immobilienspekulation anderer - oft nur am schnellen Weiterverkauf oder massiven Aufwertungsprozessen interessierten - Marktakteure bestrafen. Eine Orientierung an dem zulässigen Maß der baulichen Nutzung bietet dagegen eine vergleichsweise rationale und durch demokratische Planungsprozesse legitimierte Grundlage und bewirkt zugleich auch gewünschte Anreize zur Aktivierung brachliegender Baugrundstücke.

A1-146 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Thomas Wolff

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 146 einfügen:

4. werden als bislang, um die Chancenungleichheit zu verringern.

Begründung

Die Forderung sollte mit einer ethischen Begründung untermauert werden.

A1-146-2 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Thomas Wolff

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 146 einfügen:

4. werden als bislang
 - 4a. Die Vermögensumverteilung nach oben, die durch die steuerliche Privilegierung von Mietimmobilien entstanden ist, muss beendet werden. Darüber hinaus sollte auch die unangemessene Vermögensungleichverteilung, die auf dem Immobilienmarkt entstanden ist, soweit wie möglich zurückentwickelt werden, um die vielbeklagte „Schere zwischen arm und reich“ wieder schließen zu können. Das geht rechtlich nur auf dem Weg einer Vermögenssteuer. Diese sollte gezielt ungerechtfertigte Vermögensgewinne abschöpfen, und nicht pauschal als Neidsteuer postuliert werden, damit sie als gerechte Umverteilung gesellschaftlich akzeptiert werden kann. Daher sollte das Modell einer qualifizierten Vermögenssteuer in Betracht gezogen werden, die nur Vermögen belastet, dessen Erwerb noch nicht versteuert wurde (also z.B. Spekulationsgewinne, verjährte Steuerhinterziehungen, etc.) und somit Doppelbesteuerung vermeidet. Dieser Vermögenssteuer müssten nicht nur Personen unterliegen, sondern auch Immobilien, die sich im Auslandsbesitz befinden.

Begründung

Der Zusammenhang von Vermögenspolitik und Wohnungspolitik ist stark vernachlässigt.

Die Forderung wird mit einem innovativen Vermögenssteuer-Konzept verbunden.

A1-146-3 Inhaltliches Stichpunktepapier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik (Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 146 einfügen:

4. werden als bislang Der Erwerb oder Tausch von selbstgenutztem Eigentum sollte dagegen (im begrenztem durchschnittlichem Umfang) von der Grunderwerbssteuer befreit werden, um eine bedarfsgerechte Nutzung von Eigentum durch finanzielle Entlastung einer Veränderung zu fördern.

Begründung

Selbstgenutztes Eigentum kann auch helfen bezahlbaren Wohnraum zu sichern, insbesondere wenn eine Anpassung (Verkauf/Kauf einer kleineren oder größeren Wohnung) an die jeweilige Lebenssituation (Single, Paar, Familie, Großfamilie, Kommune ;-) nicht mit Grunderwerbssteuern verhindert wird. Ein Freibetrag für selbstgenutztes Eigentum (abhängig von der Personenzahl) kann helfen Immobilien effizienter bedarfsgerechter zu nutzen und preisdämpfen (durch die feste Höhe des Freibetrags) wirken.

A1-149 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik (Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu A1

In Zeile 149 einfügen:

5. Investitionen in die sozialen Infrastrukturen abgeben. Bodenwertsteigerungen und deren Abschöpfung sollten in einem transparenten bundesweit einheitlicherem Verfahren geregelt werden - auch um die Korruption mit intransparenten städtebaulichen Verträgen zu begrenzen. Bei

Begründung

Bauleitplanung und die begleitenden städtebaulichen Verträge sind vielfach die „Cash-Cow“ der Bauwirtschaft. Ein transparente Abschöpfung der Bodenwertsteigerungen sollte hier bundeseinheitlich eingeführt werden - Lokal ist dies wegen der Verbindungen zwischen Staat, Politik und Bauwirtschaft kaum möglich.

A1-153 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 153 bis 158:

- ~~1. **Der Siedlungsflächenverbrauch muss eingeschränkt werden.** Dafür könnte die Ausweisung von neuem Bauland auf Agrar- und Naturflächen mit der Verpflichtung zur entsprechenden Renaturierung von Boden andernorts verbunden werden. Damit würde der naturschutzrechtliche Ausgleich ergänzt und deutlich ausgeweitet. Gleichzeitig soll eine angemessene Innenverdichtung in den besiedelten Bereichen organisiert werden.~~
1. **Der Siedlungsflächenverbrauch muss eingeschränkt werden. Wir wollen eine angemessene und schonende Innenverdichtung in den besiedelten Bereichen organisieren.** Hierzu

Begründung

Als Grüne sollten wir nicht fordern, dass weiterhin Agrar- und Naturflächen zu Bauland umgewidmet werden. Selbst wenn hier Ausgleichsflächen ins Spiel gebracht werden.

Angesichts des Preiskampfs um Agrarflächen und der Verknappung freier Flächen etwa durch die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans wird dies ein frommer Wunsch bleiben und ist schlicht unrealistisch.

Auch ist aus ökologischer Sicht ist diese Vorgehensweise nicht nachhaltig.

A1-160 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 160 bis 163:

6. einzuführen. ~~Ein „Baukindergeld“ sollte es – wenn überhaupt – ausschließlich für die Erneuerung und Nachnutzung~~Die Förderung von ~~bestehenden Wohnungen und Gebäuden geben;~~
~~nicht~~Ersatzneubau für ~~die weitere Zersiedlung von Agrar- und Naturland~~drei bis vier geschossige Nachkriegsbauten mit schlechter Bausubstanz eine Überlegung wert.

Begründung

Mit Nachverdichtung und Dachausbau werden wir das Problem allein nicht lösen. Daher sollten wir bestimmte Gebäudeklassen durch neue ersetzen. In Kombination mit der Förderung des neuen Wohnungsgemeinnützigkeit würden wir so auch eine von uns gewünschte sozial- und klimapolitische Wirkung erzielt.

A1-180 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Thomas Wolff

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 180 bis 188 löschen:

1. ~~Die Anforderungen an ökologisches Planen und Bauen stärken.~~ Die Möglichkeiten, Bebauungspläne, Satzungen und Baugenehmigungen mit klimaschützenden, umwelt- und gesundheitsverträglichen Bauinvestitionen zu verbinden, müssen erweitert werden.
1. ~~Die energetische Gebäudemodernisierung vorantreiben.~~ Hier muss es endlich verbindliche Zielvorgaben zur CO₂-Neutralität bis spätestens 2050 geben. 30 Jahre sind ein angemessener Erneuerungszyklus für Bauinvestitionen, auch für den Gebäudebestand. Aber bei längerem Zuwarten läuft uns die Zeit davon!

Von Zeile 191 bis 192 löschen:

10. ~~unabdingbar. Ebenso wie die Förderung von energetischer Modernisierung und Barrierefreiheit.~~ Dies muss mit klaren Sozial- und Mietbindungen verknüpft

Begründung

Das ist nicht Bodenpolitik. Anträge sollten möglichst fokussiert sein.

A1-194 Inhaltliches Stichpunkt Papier zum Grundsatzprogramm - Schwerpunkt Bodenpolitik
(Planungs-, Bau- und Wohnungspolitik)

Antragsteller*in: Daniela Wagner

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 194 bis 195 löschen:

10. Bedeutung. ~~Sie hat aber die Einschränkung der derzeitigen Steuervorteile für gewerbliche Wohnungsunternehmen zur Voraussetzung.~~ Grundsätzlich

Begründung

Dazu muss genau geklärt werden, was die Folgewirkung auf die Mieten ist.

A4-014 Das Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - Es suchen den Einstieg: die Planer*innen der BAG PBW

Antragsteller*in: Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu A4

In Zeile 14 einfügen:

skeptisch gegenüberstehen. Eine fachlich breitee

A4-023 Das Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - Es suchen den Einstieg: die Planer*innen der BAG PBW

Antragsteller*in: Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV)

Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 23 bis 25 einfügen:

verschränkten Armen am Rand stehen bleiben. Deshalb bitten wir Euch um Hilfe, um so in den Kreis der Tätigen mit den aufgekrempelten Ärmeln zurückfinden. Die Fragen, die uns umtreiben, drehen sich um die Vorbereitung des Grundsatzprozesses: